

Warum Nachhaltigkeit, Postwachstum, Transformation?

Ulrich Roos

„Der Glaube daran, daß Technik (und Wissenschaft, ihre Schwester) die Grenzen jedes bekannten Gesetzes sprengen oder diese gar widerlegen möge, wurde besonders nach dem unglaublichen technologischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte zu einer allgemeinen Obsession“ (Georgescu-Roegen 1987, S. 17).

„Das menschliche Potential (etwa in Form von Technologie) ist immer schon Teil dessen gewesen, was wir als ökologische Grenze unseres Wohlstands begriffen haben. Dies nicht zu erkennen, ist einer der großen Schwachpunkte der ökologischen Analyse, welche den Ausgangspunkt der wachstumskritischen Position bildet“ (Jesche 2014, S. 335)

Unterliegt die wirtschaftliche Aktivität der Menschheit ökologischen Grenzen, oder lassen sich Produktivität und ökonomische Wertschöpfung fortlaufend und unendlich steigern? Zu dieser Frage tobt spätestens seit Anfang der 1970er Jahre ein diskursiver Kampf, der für die Zukunft der Menschheit wie der gesamten Biosphäre von entscheidender Bedeutung ist. Denn spätestens mit *The Limits to Growth* (Meadows et al. 1972) und der in diesem Bericht an den Club of Rome vorgelegten These vom Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Übernutzung nicht erneuerbarer Ressourcen sowie Überbeanspruchung der Ökosystemdienstleistungen des Planeten, verbunden mit dem computergestützten Szenario eines im Laufe der nächsten fünfzig bis hundert Jahre eintretenden Kollapses der menschlichen Zivilisation, wurde diesbezüglich eine weltweite Debatte ausgelöst. Dabei lassen sich im Wesentlichen zwei Positionen voneinander unterscheiden. Angesprochen sind zwei idealtypische Narrative von Nachhaltigkeit, die entlang wesentlicher Aspekte des Diskurses je verschiedene Positionen vertreten und zwar bezüglich

U. Roos (✉)

Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

E-Mail: ulrich.roos@phil.uni-augsburg.de

- i) des unterstellten Zusammenhangs von menschlichem Wirtschaften, besonders des fortwährenden Wirtschaftswachstums (Quantität und Qualität der Energie- und Ressourcennutzung) und dem Zustand sowie der Resilienz der Ökosphäre (Artenvielfalt, Erderwärmung, chemische und radioaktive Belastung),
- ii) des Stellenwerts technologischer Innovation (Effizienzsteigerung vs. Rebound-Effekte),
- iii) der (Nicht-) Berücksichtigung des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik (sog. ‚Entropiegesetz‘) sowie
- iv) den Vorstellungen bezüglich der Zusammenhänge von ökologischer und ökonomischer Dimension von Nachhaltigkeit mit deren sozialen und kulturellen Dimensionen.

Je nachdem, welche Prämissen bezüglich dieser Fragen vertreten werden, lassen sich die Positionen als ‚starke‘ oder ‚schwache‘ Nachhaltigkeitsmodelle bezeichnen. So mannigfaltig die Bedeutungszuschreibungen des Begriffes ‚Nachhaltigkeit‘ also sein mögen, unabhängig von der Frage, welche Bandbreite von Werten und Zielen damit assoziiert werden und auch die Überfülle damit verbundener Gesellschaftsentwürfe einmal beiseitegelassen, letztlich ist der um den Nachhaltigkeitsbegriff kreisende politische Diskurs erstaunlich übersichtlich strukturiert. Denn trotz aller Unterschiede im Detail lässt sich als relevante diskursive Konfliktlinie identifizieren, ob eine entweder schwache oder starke Konzeption von Nachhaltigkeit der jeweiligen politischen Position zugrunde liegt. Entlang dieser Unterscheidung lassen sich auf Nachhaltigkeit bezogene Sprechakte und Parteinahmen in ein letztlich binär codiertes System einteilen, zu dem es logisch und praktisch keine dritte, dazwischen vermittelnde Alternative gibt, zumindest dann, wenn neben den vier genannten Unterscheidungsmerkmalen als Letztunterscheidungskriterien außerdem die folgenden Fragen dienen, nämlich ob

- i) das Vorsorgeprinzip (precautionary principle) Berücksichtigung findet, das auch immer wieder in zwischenstaatlichen Freihandelsverträgen zur Disposition steht, und ob
- ii) eine strenge Prämisse der Substituierbarkeit von Natur- und Sachkapital formuliert wird, oder nicht.¹

¹Während Ansätze schwacher Nachhaltigkeit nämlich von der tendenziell unbegrenzten (und letztlich unschädlichen) Substituierbarkeit von sogenanntem Naturkapital durch Sachkapital ausgehen (Ott und Döring 2011, S. 117 ff.), basieren Positionen starker Nachhaltigkeit auf der Annahme, diese Substituierbarkeit unterläge verschiedenen Einschränkungen bzw. ‚Grenzen‘ und es müsse stattdessen von einer Komplementarität der Kapitalien ausgegangen werden (ebd., S. 146; Daly 1997). Dieser Position liegt die Annahme zugrunde, zur Herstellung zahlreicher Güter würde dauerhaft auch Naturkapital benötigt, das durch Sachkapital nicht in allen Fällen und fortlaufend gleichermaßen zu ersetzen sei, weshalb ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem nicht auf der zunehmenden Erschöpfung und Vernichtung von Natur basieren könne. Zugleich sieht das als Rechtsprinzip formulierte *precautionary principle* grundsätzlich eine Umkehrung der Begründungslast vor, so dass jene, „die für Naturverbrauch eintreten, begründet darlegen müssen, dass dieser Verbrauch keine gravierenden Folgen mit sich bringt“ (Ott und Döring 2011, S. 156).

Der Blick von der Gegenwart des Jahres 2020 zurück auf den Verlauf der politischen Debatte der letzten fünfzig Jahre lässt den Schluss zu, dass mit der Veröffentlichung des 1987 von der *World Commission on Environment and Development* (WCED) vorgelegten, sogenannten Brundtland – Reports (United Nations 1987) die Prämissen und damit verbundenen Praktiken der schwachen Nachhaltigkeitsposition eine hegemoniale Stellung im weltpolitischen Diskurs einnehmen konnten. Starke Nachhaltigkeitspositionen wurden hingegen seitdem politisch marginalisiert. Denn in der Folge des Brundtland-Reports wurde das von Meadows et al. und vielen anderen Diskursteilnehmer*innen vertretene Narrativ von der Unverträglichkeit exponentiellen Wirtschaftswachstums und ökologischer Nachhaltigkeit von der Prämisse abgelöst, Wirtschaftswachstum sei ganz im Gegenteil Bedingung auch für ökologische Nachhaltigkeit, denn das eigentliche Problem bestünde im fehlenden Wohlstand bzw. der Armut der Menschheit (Muraca und Döring 2018, S. 339). Das Narrativ vom Wirtschaftswachstum als *Optima Ratio* gesellschaftlichen Wohlstands macht seitdem den Kern sowohl sämtlicher sogenannter staatlicher Entwicklungspolitik als auch der Nachhaltigkeitsprogramme und Ziele der Vereinten Nationen aus (vgl. etwa Ziel 8 der *Sustainable Development Goals* der UN). Als Reaktion auf die immer offensichtlicher zutage tretende ungleiche Verteilung der exponentiell gesteigerten ökonomischen Werte (verstanden als Güter und Dienstleistungen) innerhalb wie zwischen den Gesellschaften (Piketty 2014; WID 2018) werden inzwischen zwar Konzepte wie *inclusive growth* seitens zentraler Institutionen, wie z. B. des Internationalen Währungsfonds, immer prominenter beworben (Anand et al. 2013). Doch die zentrale Prämisse schwacher Nachhaltigkeit, die Steigerung des Wirtschaftswachstums sei notwendige Bedingung, um auch die nicht-ökonomischen Nachhaltigkeitsziele zu gewährleisten, und die Umsetzung dieses Programms stoße auf keine ökologischen Grenzen, bleibt in einer hegemonialen Position. Zugleich trifft jedoch auch zu, dass der marginalisierte Antagonist, das verdrängte Gegenüber, das diskursive Andere – in Form einer starken Nachhaltigkeitsposition – sich zu keinem Zeitpunkt im Raum des politischen Denk- und Sagbaren vollends aufgelöst hat. Starke Nachhaltigkeit blieb zwar angesichts der stabilen diskursiven Hegemonie schwacher Nachhaltigkeit politisch irrelevant, ja für lange Zeit (für zwei Jahrzehnte nach Erscheinen des WCED-Reports 1987 bis zur Weltwirtschaftskrise 2007/2008) jenseits akademischer und gesellschaftlicher Nischen nahezu unsichtbar. Jedoch abseits der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit, ohne Chance zwar die politische Hegemonie des schwachen Nachhaltigkeitsverständnisses ernsthaft herauszufordern, zumal in einer Phase der Überwindung der Blockkonfrontation und der Hoffnung auf einen global einsetzenden Prozess sogenannter nachholender Entwicklung, die auf einem ‚robusten‘ Wirtschaftswachstum aufbauen sollte, entwickelte sich das Programm der starken Nachhaltigkeit in diesen Nischen dennoch kontinuierlich fort. So führten Autor*innen wie Vandana Shiva (1988; Mies und Shiva 1993); der späte Nicholas Georgescu-Roegen (1971, [1991] 2019) oder Herman E. Daly (1997) die Argumentationslinie eines Programms starker Nachhaltigkeit auf

neue Höhen.² Und es ist die Position einer starken Nachhaltigkeitskonzeption, die in Folge von Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 sowie der jahrelangen Euro-Währungs- und EU-Staatsschuldenkrise seither im Ringen um die diskursive Hegemonie an Kraft gewinnt. Diese Wahrnehmung stützt sich zunächst auf die damals sprunghaft zunehmende Zahl wissenschaftlicher Beiträge, die im Diskurs eine Position starker Nachhaltigkeit ausdrücklich vertreten (vgl. etwa Brand 2009; Jackson 2009; Latouche 2009; Muraca 2010; Welzer 2012), aber auch darauf, wie schnell diese aktualisierten Narrative einer starken Nachhaltigkeit, oft verbunden mit Begriffen wie *Degrowth*, *Décroissance* oder Postwachstum, weitere Stimmen mobilisieren und sich dabei argumentativ weiterentwickeln konnten. Dass das diskursive Gegenüber, die Verfechter der hegemonialen Position, zugleich zu Verteidigungsreden anheben, mag ein weiteres Indiz für die Erschütterung der jahrzehntelangen Hegemonie sein (vgl. etwa Jesche 2014). Ferner tragen die sich überschlagenden ökologischen Hiobsbotschaften und teils eindringlichen Warnungen der Weltwissenschaft zu Entwicklung und Folgen von Klimawandel, Bodendegradation und Belastung der Ozeane und Kryosphäre (IPCC 2018, 2019a, b), zum Voranschreiten und der Beschleunigung des Artensterbens (IPBES 2019), zur chemischen Belastung der Ökosphäre (UNEP 2019) oder die oben bereits zitierten Studien zum Problem der voranschreitenden sozialen Ungleichheit das ihre dazu bei, dass der Einfluss starker Nachhaltigkeit im Diskurs weiter zunimmt. Nicht bloß die Weltwissenschaft (symbolisiert etwa durch das *Intergovernmental Panel on Climate Change*), sondern auch zivilgesellschaftliche Bewegungen (etwa *Fridays for Future* oder *Extinction Rebellion*) fordern eine kulturelle, soziale, politische, ökonomische und ökologische Transformation der menschlichen Gesellschaften ein (Schmelzer und Vetter 2019, S. 206 ff.; Kallis et al. 2018, S. 419). *Degrowth*-Theorien, bei aller Mannigfaltigkeit der vorliegenden Strömungen (Schmelzer und Vetter 2019, S. 148–157), lassen sich daher als Herausforderer der Hegemonie einer Politik schwacher Nachhaltigkeit, als einflussreiche Verfechter eines aktualisierten Programms starker Nachhaltigkeit verstehen. Vor diesem Hintergrund fragen die in diesem Band zum Thema „Nachhaltigkeit, Postwachstum, Transformation“ versammelten Beiträge nach dem Stand des diskursiven Ringens um die politische Hegemonie. Dass ein solcher Kampf um die Köpfe und Institutionen der Menschen, um deren Werte, Ziele sowie die wahrgenommenen Bedürfnisse und über die legitimen und notwendigen Mittel, diese umzusetzen, über das, was Harald Welzer (2012) die „mentale Infrastruktur“ unserer Gesellschaften nennt, in vollem Gange ist, dürfte angesichts der Schärfe der medialen und politischen Schlacht, etwa mit Blick auf die Einordnung der Dringlichkeit des Klimawandels und was daraus folgt, offensichtlich sein. Aus sozialtheoretischer Sicht lässt sich dies zudem recht gut

²Barbara Muraca und Ralf Döring (2018, S. 347) begreifen zum Beispiel Georgescu-Roegens Vorarbeiten als bedeutsame Inspiration für jene politische und kulturelle Bewegung, die sich seitdem unter den Begriffen *Décroissance*, *Degrowth* oder Postwachstum entwickelt (kritischer hierzu jedoch Missemmer 2017).

an der Tatsache erkennen, dass gegenwärtig weitgehende Einigkeit darüber zu herrschen scheint, dass die Bedeutung kaum eines anderen Begriffs uneindeutiger, dessen gegenwärtige Auslegung für die Zukunft der Menschheit zugleich bedeutsamer, jedenfalls aber umkämpfter sei, als die des Wortzeichens ‚Nachhaltigkeit‘ und der damit verbundenen Praktiken. Dies jedoch lässt eine weitere These plausibel erscheinen, nämlich dass die jahrzehntelange Hegemonie des schwachen Nachhaltigkeitsverständnisses nicht mehr unumstritten ist, woraus das Erkenntnisinteresse der hier versammelten Studien fließt, den gegenwärtigen Einfluss der Programme schwacher und starker Nachhaltigkeit in politischen Diskursen, Prozessen und Institutionen zu analysieren. Fließen *Degrowth*-Argumente inzwischen bereits in die mentalen Infrastrukturen zentraler politischer Institutionen ein und gewinnen grundsätzlich an Gewicht? Wird die bisherige Hegemonie schwacher Nachhaltigkeit auf Ebene der Handlungslogiken und Bedeutungen bereits tiefgreifend herausgefordert? Welche Überzeugungen bestimmen die handlungsleitenden Narrative bedeutsamer politischer Institutionen und Akteure? Und was lässt sich aus der Beobachtung transformativer Praktiken und Kämpfe lernen?

Mit solchen und verwandten Fragen beschäftigen sich die in diesem Band versammelten Beiträge. Sie alle basieren auf umfassenden Forschungsarbeiten, die in MA-Forschungsseminaren, BA-Lehrforschungsprojekten oder BA- oder MA-Abschlussarbeiten im Rahmen verschiedener Studiengänge entstanden sind. Was sie neben dem Interesse an Nachhaltigkeit, Postwachstum und Transformation miteinander verbindet, ist die konsequente Analyse politischer Diskurse, Praktiken und Institutionen. Die hier vorgelegten Befunde sind alle das Resultat intensiver empirischer Forschung. Statt unter Rückgriff auf eine Methode intuitiver Zeitzeugenschaft Eigenschaften der Gegenwart bloß zu unterstellen, basieren die präsentierten Thesen auf analytischer Rekonstruktionsarbeit, um den Stand des Diskurses unter Verweis auf Belege offen zu legen.³ Daneben zeichnen sie sich durch die Reflexion ihrer erkenntnistheoretischen Prämissen, das Kenntlichmachen der ontologischen Positionen und den gewissenhaften Rekurs auf den vorliegenden Forschungsstand aus. Alle Studien können je für sich stehen, bedürfen keines ‚Davor‘ oder ‚Danach‘, was in Zeiten der elektronischen Auffindbarkeit einzelner Sammelbandbeiträge nicht unwichtig ist. Sie bilden aber auch mehr als ein bloß irgendwie zufälliges Gesamt, das jenen, die an den übergreifenden Themenstellungen interessiert sind, dicht belegte empirische Befunde liefert, die in diesem Forschungsfeld noch immer vergleichsweise selten anzutreffen sind.

Dabei ist der Band in drei Teile gegliedert, deren Beiträge durch einen ähnlichen Fokus des Erkenntnisinteresses verbunden sind. So reflektieren die Beiträge von Teil I grundlegende umweltethische Fragen und Probleme (Kap. 2 und 3), die in Teil II versammelten Beiträge hingegen eint die Analyse der Positionierungen einflussreicher

³Um die intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu stärken, wurden die Kodierbäume und Materialien der hier versammelten Studien, soweit dies ohne Verletzung der Persönlichkeitsrechte oder die Gefährdung von Interviewten und im Rahmen der DSGVO möglich gewesen ist, in einem separaten Band (Roos 2020) veröffentlicht.

Institutionen und Akteure im größeren Nachhaltigkeitsdiskurs (Kap. 4 bis 14) und die in Teil III vorgelegten Studien richten den Blick insbesondere auf Möglichkeiten und Schwierigkeiten transformativer Praktiken (Kap. 15 bis 17).

Themen und Thesen der Beiträge

So wird der Band durch einen Beitrag von *Hannah Witt* eröffnet, die danach fragt, welche alternativen Vorstellungen von Mensch-Weltbeziehung kosmologische Weltanschauung und Frugalität dem Geist der Moderne entgegensetzen könnten. Sie spürt zunächst der Frage nach den Zusammenhängen von Wirtschaftswachstum, Konsum und ökologischer Krise nach, um auf dieser Grundlage eine Frugalitätsethik als Antwort auf die Vielfachkrise unserer Zeit zu entfalten. Im Zuge dessen werden unter Rückgriff auf Hartmut Rosas Resonanztheorie Überlegungen der kritischen Theorie und der Philosophie des Taoismus miteinander verbunden sowie ökologische und soziale Probleme konsequent zusammengedacht. Dies mündet in der Begründung einer Frugalitätsethik und deren materiellen sowie immateriellen Werten bzw. ‚Gütern‘. Und auch für *Marius Thomay* stellt sich die Reflexion des Nachhaltigkeitsdiskurses und jede Positionierung darin zunächst als ethisches Problem dar. Präziser: als das Problem, den inhaltsleeren Begriff der ‚Nachhaltigkeit‘ ethisch zu fundieren. Er analysiert zwei einflussreiche Positionen im größeren *Degrowth*-Diskurs auf deren ethische Fundierung hin und führt zu diesem Zweck unterschiedliche umweltethische Axiologien und Metaethiken ein. Die Studie analysiert sodann die umweltethischen Positionen des I. L. A.-Kollektivs sowie Barbara Muracas, die im einen Fall als biozentrisch gelesen und im anderen als *deep anthropocentrism* dechiffriert werden. Der Beitrag formuliert schließlich ein Plädoyer für eine holistische *Degrowth*-Umweltethik und beleuchtet deren Potenzial für den Wandel der ‚mental Infrastrukturen‘ moderner Gesellschaften. Der Beitrag von *Georgina Phillips* analysiert die seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung eingeschriebenen Vorstellungen von Wirtschaftswachstum und eröffnet damit Teil II des Bandes. Die Studie fragt danach, ob das BMBF in seiner bildungs- und forschungspolitischen Agenda auch Alternativen zu einem auf Wachstum basierendem Wirtschaftssystem aufzeigt, oder nicht, und welche Sinnzuschreibungen mit dem seitens des Ministeriums prominent positionierten Konzept der *Green Economy* verbunden sind. Sie gelangt zu dem Schluss, dass das BMBF unter dem Begriff ‚nachhaltiges Wirtschaften‘ zwar Ressourcen- und Umweltschutz thematisiert, dabei jedoch betont, dass der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit gewahrt bleiben müsse. Diese Ziele sollen durch technische und soziale Innovationen erreicht werden. Das BMBF interpretiert ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ zuvorderst als Bildung für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die durch Innovationen Wirtschaftswachstum fördern soll. So wird deutlich, dass die gegenwärtigen Programme und Vorstellungen des BMBF wenig Raum zur Förderung wachstumskritischer Ansätze eröffnen. Zwischen diesem Beitrag und der Studie von *Lea Rahman* lassen sich zahlreiche Bezüge herstellen, da letztere danach fragt, welche Werte mit der Digitalisierung des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland seitens

zentraler Bildungsinstitutionen verbunden werden und welcher Stellenwert hierbei dem Konzept des Wirtschaftswachstums zukommt. Welches Bildungs- und Gesellschaftsverständnis liegt den Digitalisierungsbemühungen zugrunde? Welche Eigenschaften und Wirkungsweisen werden Wirtschaftswachstum zugeschrieben und welche Ziele werden durch die Digitalreform mit Blick auf Wirtschaftswachstum verfolgt? Der Beitrag gelangt zu dem Ergebnis, dass die Reformbemühungen maßgeblich von den Werten Konkurrenzdenken, Verwertungsabsicht und Arbeitsmarktorientierung bestimmt werden, Bildung durch messbares ‚Output‘ definiert und dem gesamtgesellschaftlichen Wachstumszwang untergeordnet wird. Wirtschaftswachstum gilt als nicht hinterfragbares Gesellschaftsziel und dies soll seitens der nachfolgenden Generationen durch Bildungsprozesse reproduziert werden. Ökologische Nachhaltigkeit stellt im betrachteten Diskurs hingegen kein vorrangiges Gesellschafts- und Bildungsziel dar. Insbesondere im Vergleich zu Wirtschaftswachstum ist das Thema Nachhaltigkeit nur wenig präsent. Wenn Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Zielsetzung formuliert wird, dann nie als eigenständige Zielsetzung, sondern stets in Kombination mit wirtschaftlichem Wachstum im Sinne eines ‚nachhaltigen Wachstums‘. Die von *Daniel Hegemann* vorgelegte Studie wendet sich dem Feld Arbeit und Armut zu und fragt nach dem Gesamt jener Handlungsregeln und Leitideen, die den Bemühungen der deutschen Bundesregierung zugrunde liegen, soziale und ökonomische Ungleichheit sowie Armut zu verringern. Dabei zeigt der Vergleich der in den Jahren 2001 und 2017 veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte, dass dort Vollbeschäftigung noch immer als ‚Königsweg zur Wohlstandssicherung‘ gilt. Grundsätzlich werde eine positive Wechselwirkung von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung unterstellt. Postwachstumstheorien, die Kopplung von ökologischer Krise und Steigerung der ökonomischen Aktivität würden hingegen gar nicht erst ins Blickfeld geraten. Das in den analysierten Armuts- und Reichtumsberichten gesponnene Narrativ sei im Wesentlichen von den Annahmen und Werten der neoklassischen Wirtschaftstheorie geprägt. Ebenfalls die Position der deutschen Bundesregierung nimmt die Studie von *Manuel Eberhardt* in den Blick. Wie hat sich das Wohlstandsverständnis der Bundesregierung zwischen 2006 und 2016 verändert und welcher Stellenwert wird Wirtschaftswachstum diesbezüglich zugeschrieben? Gemäß der vorgelegten Befunde galt der Bundesregierung im Jahr 2006 die Steigerung des Wirtschaftswachstums bemessen am BIP als notwendige Bedingung für Wohlstandsmehrung. Risiken und Nachteile einer solchen Strategie gerieten 2006 nicht in den Blick. Im Jahr 2016 hingegen werden die Schwächen des BIP als alleiniger Wohlstandsindikator thematisiert und über weitere Faktoren zur Wohlstandsmessung wird nachgedacht. Wohlstand wird nicht mehr ausschließlich materiell interpretiert, sondern nunmehr auch durch soziale und ökologische Faktoren bestimmt. Trotzdem bleibt das Primat ökonomischen Wachstums unberührt. Es erfolgt jedoch eine semantische Korrektur hin zum Konzept eines ‚verantwortungsvoll(er)en Wachstums‘ entlang der Hoffnung, Wirtschaftswachstum und ökologische Fragen miteinander versöhnen zu können. *Sabrina Koch* nimmt sich der Analyse der Position von B90/Die Grünen zum Verhältnis von Ökologie und Wirtschaftswachstum an. Welche Veränderungen lassen

sich diesbezüglich seit Mitte der 1990er Jahre feststellen und finden Positionen der Postwachstumsbewegung Eingang in die grundlegende Position der Partei? Während Mitte der 1990er Jahre noch ein ‚ökologisch-solidarischer Gesellschaftsvertrag‘ gefordert wurde, zielt die Partei 2017 auf das wesentlich weniger umfassende Ziel einer ‚sozial-ökologischen Modernisierung‘ der Wirtschaft. Wirtschaftswachstum gilt der Partei zu keinem Zeitpunkt per se als problematisch. Die Befunde zeigen eine Unterscheidung in bloß quantitatives Wirtschaftswachstum, das negativ bewertet wird, und nachhaltiges bzw. grünes Wirtschaftswachstum, das grundsätzlich möglich und auch mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt wünschenswert sei. Im Jahr 2017 wird die Gegenwart weitaus positiver gezeichnet als noch Mitte der 1990er Jahre. Hervorgehoben werden nunmehr die grundsätzliche Gestaltbarkeit und das in der Zwischenzeit Erreichte. *Anna Lohs* richtet den Fokus auf eine wesentliche Stimme des medialen Diskurses im deutschen Sprachraum: die 20-Uhr-Tagesschau. Sie fragt danach, wie die Tagesschau Mitte der 1990er Jahre und in der jüngeren Gegenwart über Wirtschaftswachstum spricht und ob sich angesichts der zunehmenden Prominenz wachstumskritischer Diskurse entsprechende Veränderungen der Sinnzuschreibung beobachten lassen. Als Fälle dienen die jeweiligen Tagesschaumeldungen zur Veröffentlichung des jährlichen Gutachtens des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie die Berichterstattungen zur jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenz. Die Befunde der Studie legen nahe, dass in der Berichterstattung der Tagesschau Sinn und Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt werden. Im zweiten Untersuchungszeitraum wird zwar die Idee eines inklusiveren Wirtschaftswachstums stärker berücksichtigt, die Zusammenhänge von ökologischer Krise und Wirtschaftswachstum bleiben jedoch nahezu unthematisiert. Hinweise auf einen zunehmenden Einfluss von Postwachstumstheorien auf die Berichterstattung sind im Material nicht erkennbar. Die von *Yannic Hollstein* vorgelegte Analyse dechiffriert die hegemonialen Strategien der Bertelsmann Stiftung im Wachstumdiskurs. Im Fokus steht dabei das Projekt der Bertelsmann Stiftung ‚*Inclusive Growth*‘ und die ‚Agenda Inklusives Wachstum für Deutschland – Fünf Handlungsfelder für eine neue Wachstumsstrategie‘. Die Studie gelangt zu dem Schluss, dass die Signifikanten ‚Zusammenhalt der Gesellschaft‘ und ‚Wohlstand von morgen‘ den Kern des hegemonialen Projektes bilden und neben ‚Chancengleichheit‘, ‚Leistungsgerechtigkeit‘ und ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ den diskursiven Knotenpunkt ‚inklusives Wachstum‘ inhaltlich bestimmen. Dabei fällt unter anderem auf, dass ökologische Probleme beinahe nicht thematisiert werden und wenn dies geschieht, stets mit ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit verbunden werden. So bildet ökologische Nachhaltigkeit einen unartikulierten Antagonismus zum hegemonialen Projekt, dessen Inklusion dasselbe in seiner Existenz bedrohen würde. Die Studie von *Moritz Harzbecher* nimmt das Umweltmanagement- und Öko-Audit-System (EMAS) der Europäischen Gemeinschaften, das auch Element der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist, in den Blick und fragt danach, welcher Nachhaltigkeitsbegriff durch EMAS in die unternehmerische Praxis der daran teilnehmenden Betriebe integriert wird. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass das

Nachhaltigkeitsverständnis von EMAS mit Blick auf die unterstellten ökologischen Probleme wachstumsgetriebenen Wirtschaftens kein nennenswertes transformatives Potenzial aufweist und stattdessen zuvorderst systemstabilisierend wirkt. Insofern die Unternehmen je selbst die Kriterien und Werte definieren, entlang deren Effizienzsteigerung sie mit einem Zertifikat belohnt werden, ist es nicht verwunderlich, dass eine Entkopplung ökonomischen Wachstums von ökologischen Schäden so gar nicht erst als Ziel in den Blick gerät. Prämiert wird ein Spiel selbstbezüglicher Effizienzsteigerung anstelle einer tatsächlichen ökologischen Transformation der unternehmerischen Praxis. Der Beitrag von *Mareike Edler* befasst sich mit den ökonomischen und politischen Nord-Süd-Beziehungen am Beispiel der seit 2007 bestehenden Afrika-EU-Partnerschaft. Wie wird im Rahmen der bestehenden Abkommen und Kooperationspraxis über Wirtschaftswachstum gedacht? Welchen Stellenwert nimmt Wirtschaftswachstum ein? Welches Gesamtbild entsteht, wenn das diesbezügliche Geflecht von Zielen, Überzeugungen und Handlungsregeln in den Blick genommen wird? Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass dem Privatsektor seitens AU und EU künftig größere Mitgestaltungsmöglichkeiten bei zentralen politischen Zielsetzungen, wie z. B. der Armutsreduzierung, eingeräumt werden soll. Die fortwährende Steigerung wirtschaftlichen Wachstums gilt den beiden Staatenverbänden als notwendige Bedingung einer jeden diesbezüglich erfolgversprechenden Strategie. Zwar wird Wirtschaftswachstum diskursiv mit Konzepten wie *green growth* und nachhaltiger Entwicklung verbunden, doch das Primat des Wachstumsziels wird hierdurch nie infrage gestellt. Die mit den hieraus fließenden ökonomischen Praktiken verbundenen ethischen, ökologischen und sozialen Probleme werden kaum thematisiert und mit keinen verbindlichen Regeln bearbeitet. Einem ähnlichen Forschungsinteresse geht der Beitrag von *Henriette Seydel* nach, wenn dort danach gefragt wird, welche Bedeutung Wirtschaftswachstum für gelingende Entwicklungszusammenarbeit seitens der Nichtregierungsorganisation ‚Brot für die Welt‘ zugeschrieben wird und welche Bewegung sich diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten feststellen lässt. Die Studie geht dieser Frage nach, indem sie Materialien zur Bildungsarbeit der NGO untersucht, die in den Jahren 1994–1996 sowie 2014–2017 zum Einsatz gelangen. Die Befunde zeigen, dass ‚Brot für die Welt‘ sich sukzessive vom eurozentrischen Entwicklungsdenken und der Dominanz des Wachstumsparadigmas löst und inzwischen explizit Bezüge zu postwachstumstheoretischen Arbeiten herstellt. Jüngst gewinnt zudem die Bereitschaft zur Reflexion neokolonialer Konzepte in der eigenen Arbeit an Einfluss, so dass die Nichtregierungsorganisation vor einem immer deutlicher werdenden Legitimationsproblem steht, das die bisherige ‚Entwicklungsarbeit‘ zusehends infrage stellt. Auch der Beitrag von *Julia Schönborn* zielt auf das Feld der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit und nimmt den Begriff des qualitativen Wachstums, präziser: das Konzept des *pro poor growth* in den Blick und fragt nach dessen Bedeutung für die Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Sie gelangt zu dem Schluss, dass *pro poor growth* – genauso wie die Konzepte qualitatives oder nachhaltiges Wachstum – ein Konstrukt sei, das zuvorderst die immerwährende Steigerung des Wirtschaftswachstums als zentrales Handlungsziel auch in der

Entwicklungszusammenarbeit rechtfertigen soll. Insofern Einkommenswachstum als Maß aller Dinge gilt, werde das vom globalen Norden gesetzte Verständnis eines guten Lebens als Zuwachs monetärer Einkünfte universalisiert und in der Entwicklungszusammenarbeit oktroyiert. Hiervon abweichende Maßstäbe, die soziale und ökologische Werte zentraler setzen, bleiben dort unberücksichtigt.

Der den Teil III des Bandes zur Analyse transformativer Praxis eröffnende Beitrag von *Deborah Düring* analysiert den Widerstand der indigenen Gemeinschaft der Teriben gegen das Staudammprojekt ‚*Proyecto Hidroeléctrico el Diquís*‘ (PHED) in Costa Rica. Die Studie analysiert die Besonderheiten dieses Widerstands und die Rolle der indigenen Philosophie darin. Neben der enormen Bedeutung der in der Verfassung des Staats Costa Rica garantierten Rechte der Indigenen, des Rekurs auf juristische Expertise, des Interesses der Weltöffentlichkeit an diesem Fall und der auch daraus sich ergebenden Unterstützung seitens der Vereinten Nationen stellt sich letztlich die indigene Philosophie selbst als die zentrale Quelle eines transformativen Potenzials dar. Deren entschlossene Ablehnung eines bloß technischen Verständnisses der Mensch-Natur-Beziehung, das die Mit- und Umwelt immer und radikal ‚in Wert setzen‘ will, erweist sich als Grundlage einer wirklich nachhaltigen Veränderung staatlicher Handlungsmaximen. Die von *Julia Hübinger* vorgelegte Studie basiert auf teilnehmender Beobachtung der Praktiken und Diskurse des Klimacamps im Rheinland 2017. Das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation ist für die Praktiken der dort engagierten sozialen Bewegungen zentral. Oft genug bleibt jedoch unklar, was genau unter sozial-ökologischer Transformation zu verstehen ist, weshalb die Studie danach fragt, welche Vorstellungen mit diesem Konzept verbunden und welche Faktoren seitens der Aktivist*innen als förderlich wahrgenommen werden. Die Studie zeigt, dass Offenheit, Deliberation und Vernetzung wichtige Bausteine der transformativen Praxis darstellen. Daneben kommt den Themen praktisches und gemeinsames Lernen und (Selbst-)Bildung große Bedeutung zu, da diese als Grundlage des gemeinsamen Handelns begriffen werden. Das Problem der Skalierung – der Übertragung der in der Nische elaborierten Praktiken auf die größere Gesellschaft – wird durch die Konzepte der *community of practice*, der präfigurativen Politik und des politischen Refrains zwar nicht abschließend gelöst, jedoch eine Vorstellung seiner potenziellen Auflösung skizziert. Von Bedeutung ist ferner die Reflexion der Frage, wie langfristiges Engagement in der Bewegung durch Praktiken der Selbstfürsorge wahrscheinlicher wird. *Julia Costa Carneiro* verbindet in ihrer Studie zum Augsburger ‚Grandhotel Cosmopolis‘ die Wissensfelder aktivistischer Stadtgestaltung, transformativer Forschung und Postwachstum miteinander. Sie fragt nach den Bedingungen von Eröffnung und Einhegung eines transformativen Möglichkeitsraums innerhalb urbaner Raum(re)produktionsprozesse. Welche Mechanismen wirken auf transformative Möglichkeitsräume ein? Wodurch wird transformatives Potenzial eröffnet, wodurch eingehegt? Die Studie arbeitet die Bedeutung kreativer Selbstermächtigung, von Solidarität und gemeinsamer Arbeit für die Eröffnung und den Erhalt transformativer Möglichkeitsräume heraus. Daneben kommt der Fähigkeit zur Selbstinstitutionierung, der Schöpfung neuer Regeln

und dem Protest gegen jegliche Alternativlosigkeit Bedeutung zu. Solcherart entsteht ein urbaner Raum der Bildung zur Autonomie und Demokratie, der jedoch nicht ohne Friktionen bleibt. Als zentraler Konfliktgegenstand entpuppt sich die Bedeutung und das Maß von Kontrolle und Verregelung für den Erhalt des Projekts.

Selbstzufriedenheit, Komplexitätsreduktion und Zukunftsoptimismus

Was lässt sich aus den in Teil II vorgelegten Analysen schließen, wenn deren Befunde miteinander verglichen werden? Auffällig ist sicherlich, wie unangefochten Wirtschaftswachstum in zehn von elf untersuchten Narrativen als zentrale Zielbestimmung fungiert. Der Glaube an die wohlstandsteigernde und gesellschaftsstabilisierende Wirkung ökonomischen Wachstums ist offensichtlich ungebrochen. Ob als *green growth*, *pro poor growth*, *inclusive growth*, qualitatives oder nachhaltiges Wachstum – Wirtschaftswachstum ist als notwendige Bedingung eines positiven Verlaufs der Menschheitsgeschichte gesetzt. Die Ergänzungen ‚green‘, ‚pro poor‘, ‚inklusiv‘, ‚qualitativ‘ oder ‚nachhaltig‘ zeigen jedoch zugleich an, dass eine bloße Steigerung des BIP nicht genügt, um die Vorstellungen eines ‚guten Lebens‘ zu realisieren. Allerdings bildet ökonomisches Wachstum in allen Fällen die Basis und den entscheidenden Mechanismus, der als notwendig gilt, um die anderen Ziele überhaupt ernsthaft anstreben zu können. Die Befunde legen also eine deutliche Hierarchisierung der Ziele und Werte nahe: Das Primat kommt Wirtschaftswachstum zu, gefolgt, mit einigem Abstand, vom Ziel gesellschaftlicher Stabilität, Inklusion und Armutsbekämpfung und – durchaus überraschend – erst ganz zuletzt gerät ökologische Nachhaltigkeit, wenn überhaupt, in den Blick. Diese Hierarchie wird noch dadurch zementiert, dass der Einsatz für inklusiveres Wachstum nicht von Gerechtigkeitserwägungen motiviert ist, sondern dadurch begründet wird, zu große Ungleichheit gefährde Wirtschaftswachstum. Aufmerksamkeit verdient der – aus der Gesamtschau der elf Studien abgeleitete – Befund einer weitgehenden Marginalisierung der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit. Denn an kaum einer Stelle des Materials wird die Idee der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise (Dörre 2013) auch nur thematisiert, damit gemeint ist der spätestens seit Meadows et al. weltweit diskutierte Zusammenhang eines auf der In-Wert-Setzung von nichterneuerbaren Ressourcen bzw. ‚Naturkapital‘ basierenden ökonomischen Expansionsmodells und der Verschlechterung des Zustands der Ökosystemdienstleistungen. Zwar kritisieren z. B. B90/Die Grünen das reine quantitative Wachstum und die Bundesregierung mag Wohlstand nicht mehr länger bloß an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts messen, doch von den bislang erschreckend kleinen Erfolgen hinsichtlich einer absoluten Entkopplung des BIP von der Belastung der Senken und dem Raubbau am Ökosystem wird nicht gesprochen. Die Beschreibungen des Ist-Zustands bleiben rätselhaft vage, fluide, bestensfalls implizit. Stattdessen eint die analysierten Positionen ein nahezu irrationaler Zukunftsoptimismus, der sich zuvorderst aus der Hoffnung speist, eine technologische Innovations- und Effizienzrevolution würde das Problem schon noch rechtzeitig erfolgreich bearbeiten. Von den schwindenden zeitlichen Ressourcen der Menschheit, dieses Ziel – einem Wunder gleich – trotz Rebound-Effekten (Santarius 2013), trotz steigender

Weltbevölkerungszahlen und trotz der nach wie vor rasanten, sogenannten nachholenden ökonomischen Entwicklung der Schwellenländer und trotz der in diesem Zusammenhang fehlenden globalen Institutionen einer gerechten Ressourcenverteilung zu erreichen, ist im Material ebenfalls nicht die Rede. Eine schwache Nachhaltigkeitspolitik, die im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht zur Lösung dieser Probleme, sondern zur Stabilisierung der den Problemen zugrunde liegenden *Mindsets* beigetragen hat, bleibt in den Narrativen der Afrika-EU-Partnerschaft, den wesentlichen Konzepten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, den Blaupausen der Bundesregierung zur Zukunft der Arbeit und des Wohlstands, in der Berichterstattung der Tagesschau, in der Position von B90/Die Grünen, den Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung, dem Entwicklungsbegriff der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Logik des EMAS-Zertifikats immer noch hegemonial. Einzig Brot für die Welt stellt das Narrativ nunmehr ernsthaft infrage und wendet sich den *Degrowth*-Ansätzen einer starken Nachhaltigkeitspolitik zu. Dieses Beispiel zeigt jedoch, dass es politischen Akteuren prinzipiell möglich ist, trotz allem Eingebunden-Sein in das Gesamtsystem, dessen Konsequenzen zu reflektieren und die eigene Position und Praxis in Richtung starker Nachhaltigkeit zu transformieren. Ungeachtet dieser einen Ausnahme lässt sich jedoch die These formulieren, dass die große Zahl der analysierten Akteure und Institutionen sowohl die Dringlichkeit der ökologischen Krise als auch deren Kopplung mit Wirtschaftswachstum in ihren Kommunikationen ausblenden. Die hier versammelten Beiträge gelangen in der Gesamtschau also ebenfalls zur These einer „nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2020). Dass sich die mentalen Infrastrukturen des hegemonialen Programms der Nicht-Nachhaltigkeit so lange behaupten und immer wieder reproduzieren können, mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass die Weltwissenschaft und die von IPCC, IPBES und UNEP vorgelegten Reports (s. o.) zwar den beängstigenden Zustand der Biosphäre ungeschönt beschreiben, sich aber zu sehr dem politischen Oktroi unterwerfen, keine präskriptiven Aussagen zu formulieren und die wirtschaftliche Aktivität der Menschheit als die offensichtliche Ursache der ökologischen Krise zu selten explizit adressieren.

„Gemeinsames Handeln und Vernetzung als Ermächtigung“ vs. „die Macht des Bestehenden“

Auch aus dem Vergleich der in Teil III vorgelegten Studien zu transformativen Praktiken lassen sich einige vorläufige Erkenntnisse und Thesen formulieren. Vielleicht in mancherlei Hinsicht den Vorstellungen einer *vita activa* im Sinne Hannah Arendts (2015) nicht unähnlich, verweisen die Studien allesamt auf die positive Erfahrung und die daraus fließende freiheitstiftende Kraft des gemeinsamen Handelns von Aktivist*innen, die sich einer gemeinsamen Sache verschrieben haben. Gleichgültig, ob diese gemeinsame Sache nun der Widerstand gegen regierungsamtliche Oppression ist, der Versuch, eine sozial-ökologische Transformation wenigstens für kurze Zeit und auf begrenztem Raum im Reallabor zu erproben, oder die Idee, eine soziale Plastik als gemeinsames Kunstwerk inmitten eines ansonsten bedrohlich eisernen Käfigs des

Gehorsams zu entwerfen, gemeinsam ist die unmittelbare Erfahrung des Möglichen. Gemeint ist damit das Erleben politischer Gestaltbarkeit, einer Plastizität, die durch das gemeinsame Bewegen und Handeln entsteht. Greifbar wird durch die Lektüre der Studien auch das dialektische Moment der Brechung, der Aufhebung der beschriebenen, erfüllenden Momente politischer Freiheit durch das Sich-Einschleichen von Vorstellungen einer kalten Notwendigkeit von Formgebung, die sich unter Verweis auf den sonst eintretenden Zerfall des gemeinsam Erreichten legitimieren. Eine Enttäuschung über jede Form solcher normativen Ordnungsvorstellungen und damit verbundenen Herrschafts- und Kontrollbemühungen wird spürbar, die dem gemeinsamen Raum das Spielerische nehmen und Kunst in Verwaltung transformieren. Eine Erfahrung, die transformative Praxis vielleicht nicht umgehen kann, wenn sie auf Dauer gestellte, neue institutionelle Praktiken anstrebt und auf die sie sich vorbereiten sollte, um hierdurch ihrerseits in Akten selbstreflexiver Kontemplation über den Grad der Verregelung und die Form der An-Ordnung entlang demokratischen Verfahren zu entscheiden. Dies könnte dann auch Teil jener Selbstfürsorge werden, die in den Beiträgen erwähnt wird und die bedeutsam ist, um eine Erschöpfung der transformativen Potentiale zu verhindern. Eine Gefahr, die angesichts der Hartnäckigkeit sozialer Institutionen, zumal jener, von denen besonders selbstbezügliche Strukturen und Subjekte profitieren, von Bedeutung ist. Deutlich bleibt auch der Eindruck zurück, dass Vernetzung, die offene, freiwillige Verbindung zwischen zuvor isolierten Subjekten und der Austausch von Transformationswissen bedeutsam sind, um dem Prinzip des ‚Teile und herrsche!‘, der Zersplitterung moderner Gesellschaften etwas entgegensetzen zu können. Anstelle romantisierender Vergemeinschaftung steht dabei der zielgerichtete Austausch von Machtressourcen im Vordergrund, denn Wissen ist geteilte Macht und mit jeder Erweiterung des Netzwerks wird dies potenziert. Institutionen gemeinsamen Lernens und kollektiver Bildung zu schaffen und diese als Kreativlabore sozialer Imagination einzurichten, zugleich aber auf Dauer zu stellen, um die notwendigen Alternativen des Denkens aus dem Halbdunkel der Intuition in die Öffentlichkeit der Deliberation und die Klarheit des Argumentationsgangs zu überführen, stellt eine weitere Gemeinsamkeit der untersuchten Transformationspraktiken dar. Nicht alles muss dabei *ex nihilo* geschaffen werden, weil zum Beispiel die Vielfalt der indigenen Philosophien Ideen bereit hält, deren Wiederbelebung unter modernen Bedingungen wohl nicht als Flucht in die Vergangenheit gedacht werden sollte, sondern als Re-Konstruktion nützlichen Baumaterials einer besseren Zukunft. Wie die bei alledem gemachten Erfahrungen gelebter Demokratie und Momente von Autonomie so erweitert werden können, dass sie jenseits einer kleinen Bildungselite auch für die größere Gesellschaft erfahrbar werden, wie also das Skalierungsproblem angesichts der Vehemenz der Macht des Bestehenden gelöst werden kann, bleibt in den Studien schemenhaft und vielleicht dreht sich das Karussell der (Post-)Moderne bereits so schnell und ist die Menschheit dabei derart fest an ihre Sitze gefesselt, dass es bereits jetzt unmöglich ist, einen Weg zu finden, dies qua Deliberation, Muße und geordnet zu erreichen. Es ist ja völlig richtig, dass als der realistischste Ausgang des eingeschlagenen Wegs der hypnotisierten, konsumsüchtigen Menschheit derzeit wohl

Kollaps und Vergehen gelten müssen. Doch es bleiben zumindest zwei Möglichkeiten: Einerseits kann auf eine Effizienzrevolution (nahezu) vollkommener Produktkreisläufe gehofft werden, die so radikal ist, dass trotz aller Rebound-Effekte der Entropiegrad nicht fortlaufend gesteigert wird, und die sich in den nächsten zehn Jahren realisiert und es der Menschheit so ermöglicht, die hegemoniale GROWTH-Programmierung fortzusetzen. Andererseits kann die Arbeit an der Realisierung ökonomischer, politischer und kultureller Institutionen eines Programms starker Nachhaltigkeit fortgeführt werden, um den von Meadows et al. vor fünfzig Jahren für die kommenden Jahrzehnte vorhergesagten Kollaps zu verhindern, der angesichts des heutigen Stands der Weltwissenschaft für den Fall einer ausbleibenden sozial-ökologischen Transformation menschlicher Gesellschaften bedauerlich wahrscheinlich ist (IPCC 2018; IBPES 2019; UNEP 2019). Wenigstens aber könnte ein Programm starker Nachhaltigkeit die Verlaufskurve und die Radikalität der Krise und der damit einhergehenden – schon heute unvermeidbaren – drastischen Verluste an Artenvielfalt und Ökosystemdienstleistungen mildern und dies mit überzeugenden Vorschlägen zur zukünftigen Bedeutung von Freiheit, Gerechtigkeit, Vielfalt und Demokratie verbinden.

Literatur

- Anand, R. / Mishra, S. / Peiris, S. J. (2013): Inclusive Growth: Measurement and Determinants, International Monetary Fund (Hrsg.), IMF-Working Papers, No. 13–135.
- Arendt, H. (2015): Vita activa oder Vom tätigen Leben, München.
- Blühdorn, I. (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit, Bielefeld.
- Brand, U. (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin.
- Daly, H. (1997): Beyond Growth: The Economics of Sustainable Development, Boston.
- Dörre, K. (2013): Kapitalismus im Wachstumsdilemma. Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen, in: WSI Mitteilungen, 2/2013, 149–151.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge.
- Georgescu-Roegen, N. (1987): The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect, Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, No. 5/87.
- Georgescu-Roegen, N. (1991) (2019): Thermodynamics and We, the Humans, in: Bioeconomics Review, Vol. 2:2, 12–25.
- IPBES (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, <https://www.ipbes.net/news/ipbes-global-assessment-summary-policymakers-pdf>, aufgerufen am 10.01.2020.
- IPCC (2018): Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, verfügbar unter <https://www.ipcc.ch/sr15/>, aufgerufen am 10.01.2020.
- IPCC (2019a): IPCC, 2019: Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management,

- food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems, verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/4/2019/12/02_Summary-for-Policymakers_SPM.pdf, aufgerufen am 10.01.2020.
- IPCC (2019b): Summary for Policymakers. In: IPCC Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate, verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/3/2019/11/03_SROCC_SPM_FINAL.pdf, aufgerufen am 10.01.2020.
- Jackson, T. (2009): Prosperity without Growth: The Transition to a Sustainable Economy, London.
- Jesche, D. (2014): Endlichkeit und Freiheit. Die ökologische Wachstumskritik aus wirtschaftsliberaler Perspektive, Dissertation, Universität Kiel.
- Kallis, G. et al. (2018): Research on Degrowth, in: Annual Review of Environment and Resources, Vol. 43:3, 4.1–4.26.
- Latouche, S. (2009): Farewell to Growth, Cambridge.
- Meadows, D. et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart.
- Mies, M. / Shiva, V. (1993): Ecofeminism, London.
- Missemer, A. (2017): Nicholas Georgescu-Roegen and degrowth, in: European Journal of the History of Economic Thought, Vol. 24:3, 493–506.
- Muraca, B. (2010): Denken im Grenzgebiet. Prozessphilosophische Grundlagen einer Theorie starker Nachhaltigkeit, Freiburg/München.
- Muraca, B. / Döring, R. (2018): From (strong) sustainability to degrowth: a philosophical reconstruction, in: Jeremy L. Caradonna (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, London, 339–362.
- Ott, K. / Döring, R. (2011): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Roos, U. (2020): Materialsammlung und Anhang zum Sammelband Nachhaltigkeit, Postwachstum, Transformation, Universität Augsburg.
- Santarius, T. (2013): Der Rebound-Effekt: Die Illusion des grünen Wachstums, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2013, 67–74.
- Schmelzer, M. / Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.
- Shiva, V. (1988): Staying alive: Women, ecology and survival in India, New Delhi / London.
- UNEP (2019): Global Chemicals Outlook II: summary for policymakers, verfügbar unter <https://papersmart.unon.org/resolution/uploads/k1900123.pdf#overlay-context=pre-session-unea-4>, aufgerufen am 10.01.2020.
- United Nations (1987): Report of the Commission on Environment and Development: Our Common Future, New York.
- Welzer, H. (2012): Mental Infrastructures. How Growth Entered the World and Our Souls, Berlin.
- WID (2018): World Inequality Report 2018, Executive Summary, World Inequality Database (Hg.), <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-english.pdf>.